

INFORMATION KOSA

Koordination Südliches Afrika e.V.



Wer soll das Wasser bezahlen?

Internationale KOSA-Konferenz über neue Strategien stritt über Verantwortung von Staat und Wirtschaft im Wassersektor

Ohne eine Beteiligung der Wirtschaft kann die Rechnung „Wasser für alle“ nicht aufgehen, provozierte Denis Goldberg gleich zu Beginn die 130 Teilnehmerinnen einer internationalen Konferenz mit dem Titel „New Strategies in the Pipeline“, zu der KOSA im Februar nach Bonn eingeladen hatte. Kapital wird zwar gebraucht; allerdings sei es ratsam, im Interesse der Armen die Gebührenkontrolle ganz in staatlicher Hand zu belassen.

Denis Goldberg, einst Weggefährte Nelson Mandelas und jetzt Sonderberater im Ministerium für Wasser und Forsten in Südafrika, vertrat bei der Konferenz seine Ministerin Buyelwa Sonjica, die wegen eines Staatsbergnisses kurzfristig abgesagt hatte. Etwa 50 Prozent der Menschen in Afri-

ka südlich der Sahara haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Bei der Frage, wie das Recht auf Wasser für alle verwirklicht werden kann, gehen die Meinungen weit auseinander. Während bi- und multilaterale Geber die Lösung vor allem in der Kommerzialisierung von Wasser sehen, beklagen Nichtregierungsorganisationen den Rückzug des Staats aus seiner sozialpolitischen Verantwortung.

In Südafrika sei die Wasserversorgung bis zum Ende der Apartheid vor allem das Privileg von fünf Millionen Weißen gewesen, berichtete Denis Goldberg. Inzwischen hätten 42 Mio. Südafrikaner Zugang zu sauberem Trinkwasser. Um die mit der Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung einhergegangene Vernachlässigung der Wasser-

versorgung aufzuheben, habe die 1994 gewählte ANC-Regierung kommunale Verwaltungen gestärkt, der Zentralregierung eine Einmischung in die lokale Wasserpolitik untersagt sowie das Menschenrecht auf Wasser in die Verfassung aufgenommen.

Kostenlose Grundversorgung

Um das Recht auf Wasser zu verwirklichen, erhält jeder Haushalt eine kostenlose Minimalversorgung von 6.000 Litern Wasser pro Monat. Das entspricht 25 Litern pro Tag für jedes Mitglied einer achtköpfigen Familie. Der darüber hinaus gehende Wasserverbrauch ist kostenpflichtig bei einem progressiv ansteigenden Wassertarif. Goldberg räumte ein, dass die Probleme damit nicht beseitigt seien, mehr könne jedoch zur Zeit nicht finanziert werden.

Auch für arme Länder sei es wichtig, dass sie ihre Aufgaben selbst finanzieren, betonte Goldberg: „Schulden machen nur die Geber reich“. Kritik äußerte er an den Auflagen, die bi- und multilaterale Geber an sein Land gestellt haben. Er erinnerte daran, dass Deutschland seinen Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem dem Marshallplan zu verdanken hatte. Die Hilfen für Südafrika hingegen wurden an die Bedingung des Freihandels geknüpft. „Dort, wo es Ungleichheit gibt, ist es nicht einfach gleich zu sein.“



Nicht nur in Südafrika: Wasserholen, ob vom Fluss oder Tank, ist Frauensache (Foto:Cottle)



Kritisch äußerte sich Goldberg zu den so genannten Public-Private-Partnerships. Eine bessere Alternative seien Public-Public Partnerships (PUPs), also die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen öffentlichen Stellen.

Public-Public Partnership

Als gelungenes Beispiel einer PUP beschrieb Olivier Hoedeman vom niederländischen Corporate Europe Observatory (CEO) die Zusammenarbeit zwischen der Wasserbehörde „Rand Water“ in der Provinz Gauteng und der Kommunalregierung von Harrismith in der Provinz Free State. Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit ergab sich aus einer jahrelangen Vernachlässigung der Wasserinfrastruktur. Damals wurden die städtischen Abwässer noch im nahen Fluss entsorgt. Auf der Suche nach einem finanziellen Partner kam Harrismith auf den öffentlichen Dienstleister Rand Water, der mehr als zehn Millionen Menschen versorgt.

Für die lokale Regierung hat sich die auf drei Jahre befristete Partnerschaft ausgezahlt. Zum einen wurde Rand Water zur Zahlung von 1,2 Mio. Rand verpflichtet. Zum anderen sicherte sich

die Kommunalverwaltung fünf Prozent der Einnahmen aus der Wasser- und Abwasserversorgung, die in öffentliche Vorhaben reinvestiert wurden. Eine Erhöhung der Verbrauchergebühren durch Rand Water wurde vertraglich ausgeschlossen.

Allianzen schmieden

Der ghanaische Wasserrechtsaktivist Rudolf N. Amenga-Etego empfahl den Nichtregierungsorganisationen, mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteuren Allianzen zu schmieden, um ihre Regierungen zu einer armutsorientierten Wasserpolitik zu bewegen. „Wir brauchen die Arbeiterbewegung, die besser organisiert ist als die Nichtregierungsorganisationen, und wir brauchen die Medien“, sagte der Anwalt. Amenga-Etego erhielt im letzten Jahr den Goldman-Umweltpreis, der als „Nobelpreis für Umwelt“ gilt. Der so Ausgezeichnete riet den Wasseraktivisten zu weiteren Studien, um die Machbarkeit von Alternativen zur herrschenden Kommerzialisierung belegen zu können.

Es bleibt zu hoffen, dass die Vertreter vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die auf der von der NRW-Stiftung für Umwelt und Entwicklung geförderten Konferenz mit diskutierten, solche Alternativen künftig in ihre Politik integrieren.

Monika Scheffler (MS)

Entwicklungshilfe soll die Armut halbieren

Die von den Vereinten Nationen erklärten Entwicklungsziele des Jahrtausends, die Millennium Development Goals (MDGs), seien „global noch zu erreichen, doch nicht in Afrika“, so lautet eine gängige Auffassung in der Diskussion über diese Ziele. Wer nur die ersten beiden der acht Entwicklungsziele mit der Realität in Afrika konfrontiert, hat in der Tat Grund zum Pessimismus: bei unveränderten Trends würde die extreme Armut bis 2015 nicht auf die Hälfte verringert, sondern weiter gesteigert. Der Hunger würde statt um 17 Prozent nur um vier Prozent weniger. Auch bei den anderen MDGs sieht die Prognose düster aus.

Doch ob die Ziele in Afrika erreicht werden, hängt wesentlich von den Anstrengungen ab. Der Bericht des UN-Millennium-Projekts fordert eine deutliche Anhebung der Entwicklungshilfe, aber auch eine gezieltere Verwendung. Die „Standard-Diagnose“ für Afrika, nämlich schlechte Regierungsführung, weist der Sachs-Report als zu simplifizierend zurück: Viele Länder würden in Anbetracht des Ausmaßes der Armut relativ gut regiert. Sie seien jedoch in der Armutsfalle gefangen.

Die Europäische Union (EU) betont, dass die MDGs auch in Afrika innerhalb von zehn Jahren noch erreicht werden können. Doch insistiert die EU auf Freihandelsabkommen, die die schwachen afrikanischen Ökonomien eher zerstören als fördern. Deutschland engagiert sich zwar für neue Instrumente der Entwicklungsfinanzierung, andererseits befindet es sich am Ende der Geber-Liste von Entwicklungshilfe der alten EU-Länder.

KOSA hat bei der Stiftung Umwelt und Entwicklung in NRW ein Projekt beantragt, um mit Bildungs- und Lobby-Arbeit darauf einzuwirken, dass die Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik und der EU der Armutsbekämpfung in Afrika dienen. MS



130 Menschen diskutierten in Bonn über neue Strategien der Wasserpolitik (Foto: KOSA)



Andy Gray spricht über Aids. (Foto: KOSA)

KOSA beim Kirchentag im Gespräch mit Volkswagen

Über die Rolle und Verantwortung des Volkswagenkonzerns während der Apartheid diskutierte beim Kirchentag in Hannover auf Einladung von KOSA der südafrikanische Theologe Wolfram Kistner mit Theo Kneifel und Dorothea Kerschgens von KOSA sowie dem VW-Historiker Grieger. Ob die Arbeitsplätze ein guter Grund zum Bleiben waren oder Rückzug als Mittel zur Verkürzung der Apartheid besser gewesen wäre, war Kern der Differenz. Ein weiteres Gespräch darüber wurde mit VW vereinbart.

Ein Gesprächskreis mit Andy Gray, Professor an der Nelson Mandela School of Medicine in Durban, gehörte zu den Attraktionen von KOSA beim Kirchentag. Der Gesundheitsaktivist berichtete über neue Entwicklungen im Kampf gegen Aids. Am gemeinsamen Stand mit der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA), der Aktion Bundesschluss und den Frauen für Gerechtigkeit wurde auch über die Stop-EPA-Kampagne, die Wasserversorgung in Südafrika und die Apartheidschuldenkampagne informiert.

StopEPA schickt Postkarten gegen Freihandelsabkommen

Die deutsche StopEPA-Kampagne wurde beim Kirchentag am 28. Mai offiziell ins Leben gerufen. Die weltweit von mehr als 160 Organisationen unterstützte Kampagne setzt sich dafür ein, die von der EU vorangetriebenen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit Entwicklungsländern in ihrer gegenwärtigen Form zu verhindern und tragfähige Alternativen für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung ins



KOSA-Stand beim Kirchentag (Foto: KOSA)

Spiel zu bringen. Beim Podium „Kirchen im Prozess für gerechte Globalisierung“ wurde die Postkartenaktion vorgestellt, mit der die Kampagne ihren Protest an die Bundesministerien für Entwicklung und für Arbeit übermitteln will. Mehr als 400 Unterschriften wurden am KOSA-Stand auf dem Kirchentag bereits gesammelt. Eine Aktionspostkarte liegt dieser Ausgabe der KOSA-Information bei. Weitere Informationen sind unter der Webanschrift www.stopepa.de zugänglich.

Konzerne wollen keine Verantwortung übernehmen

„Zu Südafrika sage ich gar nichts mehr“, kommentierte Jürgen Schrempf von DaimlerChrysler die Anfragen von Dorothea Kerschgens bei der Aktionärsversammlung des Konzerns im April und verwies auf laufende gerichtliche Verfahren. Die Schadensersatzklage von Opfern des Apartheidregimes vor dem Bundesgericht in New York war ihm keine Auseinandersetzung mit der Konzerngeschichte wert. Bei Rheinmetall sah es im Mai in Berlin nicht anders aus: Der Vorstandssprecher wollte sich weder mit dem historischen Thema der Verantwortung während der Apartheidzeit noch mit dem aktuellen der Rüstungsexporte befassen. Er wies Kritik mit harschen Worten ab – unter Beifall.

Theo Kneifel und Dorothea Kerschgens nahmen auch an den Aktionärsversammlungen der Deutschen Bank und der Commerzbank in Frankfurt im Mai teil. Sie fanden nirgendwo die Bereitschaft, sich mit der eigenen Geschichte kritisch auseinanderzusetzen und damit jedenfalls ansatzweise Verantwortung zu übernehmen.

Deutsche Atomkraft wird nach Südafrika exportiert

Die Dortmunder Firma Uhde, eine Tochter von ThyssenKrupp, will in Südafrika eine atomare Brennelementefabrik bauen. Sie wird gebraucht, um ein Atomkraftwerk aus der Linie der Kugelhaufenreaktoren zu betreiben; eine Technologie, die sich in Deutschland nicht durchgesetzt hat. Ein entsprechendes Werk in Hamm wurde still gelegt. „Die tennisballgroßen Brennelemente haben im Hochtemperaturreaktor Hamm-Uentrop zu massiven Problemen geführt“, erklärte Horst Blume von der Bürgerinitiative Umweltschutz in Hamm. Die Firma Uhde sei bereits seit 1962 in Südafrika tätig und gehöre zu den Mitprofiteuren des Apartheidregimes. Mit dem Bau der nuklearen Anlage solle 2007 begonnen werden, ein Auftrag im Wert von 20 Mio. Dollar. Ab 2010 sollen dort jährlich 270.000 radioaktive Kugelbrennelemente produziert werden. Grüne und Umweltschützer in Nordrhein-Westfalen haben gegen dieses Geschäft protestiert. In Südafrika engagiert sich die Umweltinitiative Earthlife Africa seit Jahren gegen die Atomenergiepläne der südafrikanischen Regierung. Sie hat durchgesetzt, dass das Genehmigungsverfahren für diesen Reaktortyp neu aufgerollt wird. Südafrika will ihn später exportieren, vermutet Horst Blume und kritisiert die Bundes- und Landesregierung für ihre „seltsame Auffassung von einem Ausstieg aus der Atomenergie“.

Entwicklungshilfe für die Versöhnung in Namibia

Mit 20 Mio. Euro will das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine mehrjährige Versöhnungsinitiative ausstatten, die die Beziehungen zwischen Deutschland und Namibia verbessern soll. Das kündigte Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul am 24. Mai in Düsseldorf an, wo sie gemeinsam mit dem namibischen Bischof Dr. Zephania Kameeta den Peter-Beier-Preis erhielt. Damit erkannte die Rheinische Kirche ihre Bitte um Vergebung für den Mord am Volk der Herero vor hundert Jahren an.

KOSA sucht neue Mitglieder

Die Mitgliederversammlung von KOSA im April in Bonn hat sich mit den Inhalten der Handelskampagne befasst.

Gottfried Wellmer referierte über die Gefahren, die den Ländern im südlichen Afrika durch die von der EU angestrebten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) drohen, die einzeln statt im Block verhandelt werden und so die Länder in schwache Positionen bringen. Zu erwarten seien Einkommensverluste durch geringe Zolleinnahmen und eine Überschwemmung mit landwirtschaftlichen Produkten.

Theo Kneifel erläuterte die Forderungen der StopEPA-Kampagne nach Verlangsamung der Verhandlungen und Entwicklung von Alternativen. An Gesprächen mit dem BMZ darüber ist der Kirchliche Arbeitskreis Südliches Afrika (KASA) beteiligt.

Nach Berichten der Mitgliedsgruppen werden die Schwerpunktthemen von KOSA zum Teil aufgegriffen. Die Aktion Bundesschluss, gerade 20 Jahre alt, zu der zwölf Gruppierungen gehören, beschäftigt sich mit der Wasserproblematik. Die Frauen für Gerechtigkeit konzentrieren sich auf die Lage in Angola. Der Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika (MAKSA) konzentriert sich auf Vergangenheitsbewältigung bei Missionsgesellschaften. Die Ombili-Gruppe unterstützt ein Ausbildungsprojekt. Das Zimbabwe Netzwerk hat verschärft die Menschenrechte auf der Tagesordnung und bringt zimbabwische und deutsche Frauen zusammen. KASA, enger Partner von KOSA, befasst sich mit Handelspolitik, Entschuldung und Entschädigung und Globalisierungsalternativen.

Markus Braun schied auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand aus und wurde für seine Tätigkeit in den vergangenen vier Jahren gewürdigt. Bei MAKSA will er sich weiter engagieren. Wieder gewählt wurden Dorothea Kerschgens, Ilse Braun, Karin Saarmann und Christoph Beninde. Neu gewählt wurde Theo Kneifel aus Heidelberg. Für die Zukunft wurde ein verstärktes Werben neuer Mitglieder verabredet – auch für Kampagnen.



Markus Braun (ganz r.) schied aus dem KOSA-Vorstand nach vier Jahren aus. Wieder gewählt: (v.r.n.l.): Ilse Braun, Karin Saarmann, Christoph Beninde u. Dorothea Kerschgens.

Freihandelsabkommen zur Bekämpfung der Armut?

Unter dem Titel „Sprungbrett oder Stolperstein der Armutsbekämpfung?“ werden am Montag, 20. Juni in Berlin bei der Heinrich Böll-Stiftung (hbs) die Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den AKP-Ländern (Asien, Afrika, Pazifik) diskutiert. Auf Einladung von hbs, weed, terre des hommes und der Initiative Südliches Afrika sprechen Alexis Valqui vom BMZ, Mareike Meyn vom Institut für Weltwirtschaft und Internationales Management in Bremen, Jörgen Vogt vom Afrika-Verein in Hamburg und Gottfried Wellmer, Journalist aus Bonn. Angefragt ist Dagmar Honsbein von der namibischen Botschaft. Barbara Unmüßig vom Vorstand der hbs führt in die Problematik ein.

Die Veranstaltung geht von 12 bis 16.45 Uhr. Informationen: renegradwohl@hotmail.com

Mosambiks Erfolge nach 30 Jahren Unabhängigkeit

Zu einer Podiumsdiskussion über Mosambiks Bilanz nach 30 Jahren Unabhängigkeit unter der Überschrift „Erfolgreich gegen Armut?“ lädt die Humboldt-Universität am 24. Juni von 9.30 bis 12 Uhr auf die Galerie der Heinrich Böll-Stiftung in Berlin ein. Vertreter von Staat und ziviler Gesellschaft aus Mosambik, Deutschland und der Schweiz werden eine vorläufige Bilanz der Erfolge bei der Armutsbekämpfung ziehen, darunter der Wirtschaftsprofessor

Dr. Jose Negrao von der Universität Eduardo Mondlane. Informationen: kkm@kkmosambik.de

Mode, Markt und Musik

Um Mode dreht sich in diesem Jahr das fünfte Afrika-Festival vom 3. Juni bis 9. Juli in Osnabrück. Am 25. Juni präsentiert die erfolgreiche Modeschöpferin Oumou Sy aus dem Senegal eine besondere Modenschau, gefolgt von einem Konzert der Sängerin Macire Sylla aus Guinea. Beim Afrikanischen Straßenfest am 11. Juni treten afrikanische Musikgruppen auf. Instrumente, Schmuck und Handwerk werden beim Afrikanischen Markt am 2. Juli angeboten. Informationen: www.afrika.osnabrueck.de

Herausgeber

Koordination Südliches Afrika KOSA e.V.
August-Bebel-Str. 62
D-33602 Bielefeld
Tel.: 0521-98648-51
Fax: 0521-63789
kosa@kosa.org ... www.kosa.org

Konto

1019894500 SEB AG
BLZ 380 101 11

V.i.S.d.P., Redaktion, Layout
Sigrid Thomsen

Redaktionsschluß 29.05.2005

Druck KDR, Bielefeld